

Bericht der Landesgruppe Bayern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
für den Landesparteitag von DIE LINKE. Bayern  
am 2. und 3. Oktober in Hirschaid

Nicole Gohlke

Sprecherin für Bildung  
und Wissenschaft

Klaus Ernst

Vorsitzender des Ausschusses  
für Klimaschutz und Energie

Susanne Ferschl

Sprecherin für Arbeit  
und Mitbestimmung

Ates Gürpınar

Sprecher für  
Krankenhaus- und  
Pflegepolitik

# Bericht der Landesgruppe Bayern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für den Landesparteitag von DIE LINKE. Bayern am 02./03. Oktober in Hirschaid

von Nicole Gohlke, MdB und Sprecherin der Landesgruppe Bayern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

## Nicole Gohlke

- » Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- » Leiterin des Arbeitskreises „Bildung, Digitalisierung, Demokratie und Innenpolitik“
- » Sprecherin für Bildung und Wissenschaft
- » Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- » Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen



## **Bildungsgerechtigkeit in Krisenzeiten – Kampf gegen soziale Spaltung**

Zwischenbilanz 10/2022

Man hat schon viele luftleere Versprechen gehört beim Start einer Regierung - aber selten gab es eine größere Mogelpackung in einem Koalitionsvertrag als den Bildungsteil des Ampel-Koalitionsvertrags. Da wird in blumigster Rhetorik vom „Jahrzehnt der Bildungschancen“, von „Aufstieg“ und "Fortschritt" schwadroniert, aber Maßnahmen, die tatsächlich an die Struktur dieses Bildungssystems wollen, um es gerechter zu machen, sucht man vergebens.

Bildungspolitik á la Ampel bedeutet vor allem eine Verengung auf individuelle Aufstiege und die Ausrichtung nach wirtschaftlichen Interessen. Fragen von strukturell bedingter Ungleichheit, von Klassen- und Machtverhältnissen blendet das FDP-geführte Ministerium völlig aus.

Umso dramatischer, dass wir uns aktuell in einer der größten Krisen der Nachkriegszeit befinden. Auf den zweiten Corona-Winter, mit Einkommensausfällen, homeschooling und Lockdown, folgte der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und eine Teuerungswelle, die sich so niemand hätte vorstellen können. Die Herausforderungen könnten nicht größer sein.

Schon im letzten Herbst hat die Ampel bewiesen, dass sie kaum etwas aus den Fehlern der Vorgängerregierung gelernt hat: kein Wort davon, den eklatanten Mangel an Lehrkräften und anderen pädagogischem Personal zu bekämpfen oder endlich Luftfilter für alle Schulen zu beschaffen, keine Idee zur Bewältigung der Corona-Folgen, von Lernrückständen und psychosozialen Folgen.

U.a. mit einem Antrag gegen Kita- und Schulschließungen haben wir darauf gedrängt, dass sich der vergangene Winter nicht wiederholt. Wir haben mit parlamentarischen Initiativen Druck gemacht beim Dauerthema Lehrkräftemangel, das die Koalition gerne mit Verweis auf die Länderhoheit beiseiteschiebt. Und auch die Qualität in der beruflichen Bildung hat während der Corona-Pandemie sehr gelitten - Grund für uns, für eine Ausbildungsplatzumlage und ausreichend und gute Ausbildungsplätze zu streiten.

Bei der groß inszenierten BAföG-Reform der Ampel zu Beginn dieses Jahres, legten wir mit Anfragen an die Regierung den Finger in die Wunde, und zeigten auf, wie wenig wirksam die Reform ist.

Mit zwei LINKEN Anträgen forderten ein existenzsicherndes BAföG, und eines, das mehr junge Menschen erreicht - denn nur 11% der Studis bekommen BAföG, und ein Großteil lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Der Ukrainekrieg, der mit rasant steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten einhergeht, hat auf dramatische Art und Weise die soziale Frage in den Mittelpunkt gerückt.

Doch auch hier steht der Krisenmodus der Ampel vor allem auf FDP-gelb. Statt die in den Fokus zu nehmen, die kaum ihre Rechnungen zahlen können, denen trotz harter Arbeit, nichts mehr im Geldbeutel bleibt, verteilt die Ampel zu wenig an alle oder beschließt Steuersenkungen, die vor allem die Familie in der Starnberger Villa freut.

Für mich als Sprecherin für Bildung und Wissenschaft stand hier die Situation der jungen Menschen, der Studierenden, Auszubildenden, Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt, die bei den Entlastungspaketen der Bundesregierung lange vergessen wurden. Wir haben uns in einem Antrag für ein „Entlastungspaket Bildung“ stark gemacht, damit die steigenden Energiepreise nicht an die Schulen und Hochschulen weitergegeben werden und im schlimmsten Fall durch Schulschließungen zu Lasten der Familien gehen.

Auch in meiner Rolle als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen versuche ich Druck bei der Bundesregierung zu machen, ihrer Verantwortung bei der Wiederherstellung der sozialen Infrastruktur gerecht zu werden, denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Themen wie die gestiegenen Mietpreise in Bayern, Barrierefreiheit an Bahnhöfen, Sanierungsstau bei der Bahn, gestiegene Kosten der 2. Stammstrecke in München, Stromsperren oder den Betrieb des Forschungsreaktors in Garching konnten wir medienwirksam in den bayerischen Medien platzieren.

Einen Auszug meiner parlamentarischen Initiativen und Anfragen dieser Legislaturperiode findet ihr im Folgenden.

#### **Anträge an die Bundesregierung:**

- » Ausbildungsplätze schaffen und gute Ausbildungsqualität sichern
- » Bildung am Limit – Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher
- » Kita- und Schulschließungen verhindern – mehr Tempo bei Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche
- » BAföG existenzsichernd und krisenfest gestalten
- » Notfallmechanismus ins Bafög
- » Ein Entlastungspaket für die Bildung

#### **Kleine Anfragen an die Bundesregierung:**

- » Lehrkräftemangel
- » Winterbetrieb Bildungseinrichtungen
- » Budgetkürzungen DAAD
- » Rüstungsforschung Hochschulen
- » Wohnen Mieten Bayern
- » Sportstätten Bayern
- » Überstunden Erzieher Sozialdienste Bayern
- » Radikalenerlass und Berufsverbotspraxis
- » Rückforderungen, Tilgung, Erlass Darlehnschulden BAföG
- » Kriegsdenkmäler in Bayern

## Auswahl Schriftliche Einzelfragen an die Bundesregierung:

- » Pläne Bildungsfinanzierung Ampel/ Christian Lindner
- » Prognose Abbruchquote Hochschulstudium und Ausbildung
- » Beratungsstand Startchancenprogramm
- » Finanzierungsbedarf Digitalisierung und Digitalpakt 2.0
- » Bafög Entwicklung Kalkulation Bundesregierung bis 2027
- » Verlängerung BMBF geförderte Projekte
- » Dual Use Exporte
- » Kostenkalkulation zweite Stammstrecke München 2022
- » Entlastungspaket Sonderzahlungen Studis 2022/2023
- » Entwicklung Barrierefreiheit Bahn Bayern seit 2015
- » Zunahme Geförderten Quote vgl. 26. und 27. Bafög Novelle
- » Investitionsstau Deutsche Bahn Bayern /offene Investitionen bis 2032
- » Offiziersanwärter\_innen als Vertretungslehrkräfte ua. in Bayern
- » Datenschutz Rüstungsrelevante Forschung an Hochschulen
- » Umsetzung Unterstützungsmaßnahmen Fortsetzung Studium ukrainische Studis
- » BI mA Kirchseeon
- » KMK Beschluss Ausweitung Regelungen Hochschulzugang für Geflüchtete
- » Stromsperrern in Bayern 2019-2022
- » Finanzierung russ. Studis und Forscher\*innen nach Stipendienverlust
- » Integration und Unterstützung im Schulsystem ukrainische Kinder
- » Anpassungsbedarf Vereinbarung Garching II
- » Kosten SiKo München 2022
- » Handlungsbedarf Querdenker an Schulen
- » Mittelabruf Bayern "Neustart Kultur"
- » Mittelabruf Bundesprogramm "Aufholen nach Corona"
- » Kosten Verfahren und Verwaltung Sanktionen Hartz 4 seit 2018 in Bayern
- » Öffentliche Förderung Pharmakonzerne in Bayern
- » Schadensersatz Nichterfüllung Rechtsanspruch Kitabetreuung in Bayern
- » Rechtsanspruch Kitabetreuung in Bayern
- » Querdenker und Reichsbürger an Schulen
- » Kurzfristige Unterstützung Studis Corona Pandemie
- » geplante Änderungen Bafög
- » Verkehrsunfälle wg. Geschwindigkeitsüberschreitung in Bayern
- » Bereitstellung Impfdosen Covid-19 in Bayern
- » Unternehmen Bayern Reduzierung EEG Umlage seit 2017
- » BI mA Auguste Kent Platz München Fasanengarten
- » Mehrbedarf Lehrkräfte seit Corona

## Bericht der Landesgruppe Bayern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für den Landesparteitag von DIE LINKE. Bayern am 02./03. Oktober in Hirschaid

Von Klaus Ernst, MdB

Liebe Landesparteitagsdelegierte,

ich vertrete unsere Partei im Deutschen Bundestag als Vorsitzender des Ausschusses für Klimaschutz und Energie. Bereits vor Ausbruch des Ukrainekriegs war eindeutig, dass das Streiten um eine sozial gerechte Energiewende eines der zentralen und wichtigsten Themen dieser Legislaturperiode sein wird. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unserer Energieversorgung und –sicherheit nochmal eine ganz andere Dimension verliehen.

Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit richtigerweise auf Erdgas als Brückentechnologie gesetzt. Erdgas soll so lange eingesetzt werden, bis wir unseren Energiebedarf gänzlich aus erneuerbaren Energien decken können. Diese Strategie war und ist weiterhin richtig. Nun hat sich die Bundesregierung seit Kriegsausbruch dazu entschlossen in einen Wirtschaftskrieg mit Russland zu treten. Dadurch kappen wir unsere Verbindung zu günstigem Erdgas. Ein Resultat ist, dass die Bürger nicht mehr wissen, wie sie Heiz- und auch Stromrechnungen bezahlen sollen. Ein weiteres Resultat ist, dass die hohen Energiepreise das industrielle Rückgrat dieses Landes zu brechen drohen. Das bedeutet nicht nur unzählige Arbeitslose mehr, sondern auch eine langfristige Abwanderung von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung aus Deutschland, da die Energiepreise andernorts dauerhaft günstiger sein werden. Hiergegen kämpfe ich in dieser Legislaturperiode mit aller Kraft.

Die Arbeit des Ausschusses für Klimaschutz und Energie ist wegen des Energiekonflikts bisher von zweierlei Aspekten bestimmt: Zum einen von der Agenda der Bundesregierung, die mit mal mehr Mal weniger sinnvollen Maßnahmen den Ausbau von erneuerbaren Energien voranbringen will. Die Nutzung von erneuerbaren Energien liegt im überragenden öffentlichen Interesse – die Verankerung dieses Grundsatzes durch die Bundesregierung begrüße ich sehr. Damit hat die Regierung den Fuß von der Bremse beim Ausbau der erneuerbaren Energien genommen. Das Gaspedal hat sie allerdings noch nicht gefunden. Dabei zeigt uns die momentane Krise besonders deutlich, dass wir möglichst schnell weitgehend unabhängig in unserer Energieversorgung werden müssen. In dieser Legislaturperiode setze ich mich dafür ein, dass die erneuerbaren Energien im Bund endlich deutlich stärker ausgebaut werden. Auch der Aufbau einer funktionierenden Speicher- und Wasserstoffinfrastruktur, bestenfalls in



öffentlicher Hand, sind Punkte für die ich kämpfen werde. So können unsere Versorgung und der Erhalt unserer Industrien gesichert werden.

# Bericht der Landesgruppe Bayern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für den Landesparteitag von DIE LINKE. Bayern am 02./03. Oktober in Hirschaid

von Susanne Ferschl, MdB

## Susanne Ferschl

- » Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
- » Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
- » Mitglied Ausschuss und Soziales
- » Fachgebiet: Mitbestimmung und Arbeit
- »

## Mitbestimmung

Konzept zur Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung. Wesentliche Ziele:

- » Erleichterung von Betriebsratswahlen und Verhinderung von Union Busting, besserer Kündigungsschutz, vereinfachte Wahlen, Schutz vor Übergriffigkeit durch die Arbeitgeberseite
- » Erleichterung der Arbeit von Betriebsräten:
  - Mehr Freistellungen, leichter Zugang zu Sachverstand und Schulungen
- » Demokratie innerhalb der Betriebe stärken, Mitbestimmungsrechte ausbauen
  - Herausforderung der Transformation
  - Mehr Mitbestimmung bei Beschäftigungssicherung, Personalplanung, Klima- und Umweltschutz, Gleichstellung, prekäre Beschäftigung etc.

Aus diesem Konzept werden wir Anträge einbringen.

## Arbeit

- » Löhne
  - Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage: Vier Mio. Menschen erhalten einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Deswegen ist die Mindestloohnerhöhung so notwendig – ein Erfolg der Partei und Fraktion
  - Mindestlöhne werden zu selten kontrolliert, deswegen wollen wir die Lücken schließen und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken
- » Steigerung der Tarifbindung
  - Mindestlohn ist nur die 2. beste Lösung: Gewerkschaften und Tarifverträge stärken für gute Löhne. Deswegen: Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und Tariftreuegesetz (Anträge, Anfragen, insbesondere Bayern, da es hier kein Tariftreuegesetz gibt)
- » Arbeitszeit
  - Lückenlose Arbeitszeiterfassung laut EuGH - und BAG-Urteil: notwendig für Mindestlohnkontrolle, Arbeitsschutz und Verhinderung von Arbeitszeitbetrug. Ergebnis meiner kleinen Anfrage: 893,1 Mio. unbezahlte Überstunden pro Jahr!
- » Prekäre Beschäftigung eindämmen
  - Minijobs – Mindestloohnerhöhung ging mit der Ausweitung der Minijobs einher
  - Abschaffung sachgrundloser Befristungen



- Einschränkung und Verbot von Leiharbeit – hier werden wir Erfahrungen aus dem Arbeitsschutzkontrollgesetz nutzen
- » Arbeitsschutz
  - Anfragen zu Anzahl von Betriebsärzten, Raumtemperatur, etc.

Ich stehe im engen Austausch mit Betriebsräten, Beschäftigten, Gewerkschaften und Sachverständigen, um mit ihnen gemeinsam Anträge und auch kleine Anfragen zu erarbeiten.

## **Bericht der Landesgruppe Bayern der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für den Landesparteitag von DIE LINKE. Bayern am 02./03. Oktober in Hirschaid**

von Ates Gürpınar, MdB



Ich bin bei der Bundestagswahl im letzten Jahr auf Platz vier der bayerischen Landesliste in den Bundestag eingezogen. In der Fraktion habe ich die Sprecherfunktionen für die Krankenhaus- und Pflegepolitik und die Drogenpolitik übernommen. Ich bin Mitglied im Gesundheitsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss.

Mit meinem Mandat war es das Ziel und die Aufgabe, einvernehmlich mit dem Landesvorstand linke Politik in Bayern zu stärken. Hierfür habe ich das Wahlkreisbüro von Harald Weinberg in Nürnberg übernommen und zusätzlich ein Büro in Rosenheim eröffnet. Ich betreue die Regionen Oberbayern, Mittelfranken und die Oberpfalz. Zu Beginn der Sommerpause, also der sitzungsfreien Zeit, lag mein Schwerpunkt der Bayerntour auch in diesen drei Bezirken. Es hat mich sehr gefreut, zu Demonstrationen, Kundgebungen, Podiumsdiskussionen, Sommerfesten und Veranstaltungen die Genoss:innen vor Ort gesehen zu haben. Ich konnte dort auch viele Kontakte für meine inhaltliche Arbeit im Bundestag neu knüpfen oder vertiefen, vor allem Personal- oder Betriebsrät:innen, aber auch aus der Klinikleitung.

Zu meinen Schwerpunkten im Bundestag:

### **Krankenhauspolitik**

Der krankenhauspolitische Bereich ist geprägt von den Auswirkungen der Corona- und Energiekrise sowie den Protesten der Beschäftigten. Dort bin ich mit dem weiteren LINKEN-Mitglied im Bundestag, Kathrin Vogler, vor allem im Gesundheitsausschuss beschäftigt gewesen. Eigene Anträge entstanden zum Beispiel zum Tag der Pflege am 12.5. an dem wir einen Antrag zur Umsetzung der gesetzlichen Personalvorgaben nach der PPR 2.0 eingebracht haben, die DIE LINKE ebenso wie Ver.di schon seit Jahren fordert und die im Koalitionsvertrag angekündigt wurde. Eine weitere parlamentarische Initiative für einen Schutzschirm für Krankenhäuser, Pflegeheime etc., die durch die Energiepreisexplosion vor existenziellen Herausforderungen stehen, erarbeite ich gerade. Allerdings ist die parlamentarische Arbeit nur der eine Teil, beinahe noch wichtiger war die Unterstützung der Beschäftigten, wie z.B. den Streik für Entlastung der Beschäftigten in den Unikliniken von NRW.

### **Langzeitpflege**

Um die beruflich Pflegenden in allen Bereichen zu unterstützen, haben wir einen Antrag zum Bereich Langzeitpflege eingebracht. Wir fordern, dass die Arbeitsbedingungen in dem Bereich dadurch aufgewertet werden, dass die kirchlichen Kommissionen der konfessionellen Arbeitgeber in dem Bereich ihr faktisches Vetorecht gegen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag verlieren. Damit Pflegebedürftige durch steigende Löhne im Pflegeheim aber nicht noch weiter belastet werden, arbeite ich gerade an Anträgen und Initiativen, mit denen ich einen Paradigmenwechsel in der Pflegerversicherung anstoßen will. Mehrkosten sollen zukünftig von der Pflegeversicherung getragen werden, das ist auch Teil des bereits erwähnten Schutzschirmes gegen die Energiepreisexplosionen. Außerdem habe ich dazu beigetragen, dass die größte Gruppe der Pflegenden, die pflegenden Angehörigen, in unserem Antrag zu einem Corona-Maßnahmenplan ebenfalls vertreten ist. Im

Austausch mit Sozialverbänden, die sich für deren Interessen einsetzen, arbeite ich außerdem gerade daran, wie wir pflegende Angehörige aktiv unterstützen können.

Außerdem setze ich für diejenigen Gruppen ein, die von der Koalition so oft vergessen werden: Die (zahn)medizinischen Fachangestellten, die gerade für höhere Löhne streiten, habe ich im Protest unterstützt - und mir ihre Unterstützung ins Parlament geholt, als ich in der Haushaltsdebatte darüber geredet habe, wie viele Gesundheitsarbeiter:innen mal wieder leer ausgehen.

### **Drogenpolitik**

Die Drogenpolitik ist stark geprägt vom Thema Cannabis, dessen sofortige Entkriminalisierung ich in einem Gesetzentwurf gefordert habe. Meine weiteren Anträge forderten fundiertere Regelungen zum Thema Cannabis und Führerschein sowie eine Entkriminalisierung sogenannter "harter" Drogen zum Schutz der Konsumierenden und Suchterkrankten. Darüber hinaus habe ich mich mit vielen drogenpolitisch aktiven Genoss:innen in den Ländern und Fachverbänden vernetzt, um als neuer drogenpolitischer Sprecher fundierte Impulse zu dem Thema zu bekommen.

Entscheidend für unsere Arbeit sind vor allem eure Ideen, insbesondere bei schriftlichen Fragen und kleinen Anfragen. Wenn bei euch der Schuh drückt, wovon ihr meint, dass die Bundesebene Einfluss hat, vor allem in den von mir genannten Themen - fragt mich oder meine Büros gern an.